

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 25 (1984)  
**Heft:** 13

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Unsere Meinung

### SPS und Bombenfrieden

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz will für einen Frieden wirken, zu welchem unter anderem die Massakrierung ziviler Dorfbewölkerungen durch Flächenbombardierungen gehört.

Eine ungeheuerliche Behauptung? Nein, eine wahrheitsgemässe Feststellung. Sie ergibt sich zwingend aus dem offiziell geäusserten Vorsatz der SPS, für den Frieden mit einem Partner zusammenzuwirken, der unter Frieden tatsächlich solche Massaker versteht und andere noch dazu. Der Partner ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die SED, also die herrschende Partei der DDR, die ihrerseits mit der kriegführenden Sowjetunion militärisch verbündet ist und die deren Kriege als Friedensbeitrag definiert, durchaus offiziell.

Hier liegt die Ungeheuerlichkeit, und nirgends anders: im Willen zur Friedenszusammenarbeit mit einer Macht, die unter Frieden die Massenmorde à la Afghanistan versteht. Den Sachverhalt bewusst zu machen, das hingegen ist die dringliche Pflicht derjenigen, die unter Frieden etwas anderes verstehen.



Zum formellen Sachverhalt:

Vom 4. bis 6. Juni weilte eine Delegation des SED-Zentralkomitees auf Einladung der SPS in der Schweiz, wo sie mit Helmut Hubacher und andern Mitgliedern der SPS-Führung Gespräche führte. Im Anschluss daran hat der Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eine *gemeinsame Erklärung* von SED und SPS veröffentlicht. Und in dieser heisst es nun:

«Die Vertreter der SED und der SPS stimmten darin überein, dass trotz unterschiedlichen Auffassungen in einzelnen Fragen die vordringlichste Aufgabe jeder verantwortungsbewussten Politik in der Gegenwart darin besteht, alles zu tun, um die Rüstungseskalation zu stoppen, die Gefahr eines atomaren Infernos abzuwenden und eine Wende zur Abrüstung

und Entspannung herbeizuführen. In diesem Sinne sprachen sich beide Seiten für das *Zusammenwirken* (unsere Hervorhebung) von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien *sowie aller andern an der Erhaltung des Friedens interessierten Kräfte* (unsere Hervorhebung) in einer breiten Koalition der Vernunft aus.»

Das ist der textlich relevante Sachverhalt; am besten lesen Sie ihn gleich nochmals. Und jetzt warte ich auf den begütigenden Einwand, eine Friedensdefinition von Afghanistankrieg und so weiter sei da nun wirklich nicht drin. Das Zusammenwirken beziehe sich doch nur auf den Stopp der Rüstungseskalation und die Abwendung des atomaren Infernos; deshalb sei ja auch ausdrücklich von einem Zusammenwirken «*in diesem Sinn*» die Rede. Der Einwand gilt nicht.

Ich will hier nur en passant auf die Sinnigkeit hinweisen, in diesem Punkt zur Übereinstimmung ausgerechnet mit einer herrschenden Partei zu gelangen, welche in der Rüstungseskalation eingespannt ist und es vollbewusst bleibt; aber das ist nicht der Grund, weshalb der Einwand überhaupt nicht gilt.

Der Grund, weshalb der «afghanische Friedensbegriff» durchaus und unabdingbar anerkannt wird, kommt im Text der gemeinsamen Erklärung etwas später. Dort, wo die Rede ist vom Zusammenwirken von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien (die Reihenfolge mag alphabetisch sein) sowie aller andern an der Erhaltung des Friedens interessierten Kräfte.

Hier ist sie, die absolute Gleichstellung vom Friedensverständnis der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, und ohne jeden Abzug. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien sind sogar die einzigen, deren gemeinsames Interesse am Frieden (an dem einen und dem gleichen Frieden; eine andere Lesart lässt der Text nicht zu) namentlich genannt wird; da heftet man das Markenzeichen für den authentischen Frieden gleich an die richtige Koalition.

Die Möglichkeit, dass beim Zusammenwirken von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien ausgerechnet die zeichnende SED nicht gemeint sein könnte, die kann man ebenso vergessen wie die Möglichkeit, dass die SPS nicht gemeint sein könnte. *Also meint die SPS den Frieden, den auch die SED meint.*

Und hier wollen wir noch einmal ausdrücklich feststellen, was die SED unter Frieden versteht.

● Als Wirken für den Frieden versteht die SED das, was die Sowjets in Afghanistan tun. Das ist nicht *meine* Unterstellung; fragt die Genossen vom SED-ZK. (Oder *habt* ihr sie gefragt und *trotzdem* das Friedensinteresse der SED eurem eigenen Friedensinteresse gleichgestellt...?) Und aus Afghanistan ist eben gemeldet worden, dass die Sowjets bei Flächenbombardierungen um Herat rund tausend Zivilisten getötet haben. Nach Hunderttausenden von andern im Laufe der vier Kriegsjahre, die nach SED-Auffassung keine Kriegsjahre sind.

● Die SED betrachtet den von ihr befohlenen obligatorischen Wehrkundeunterricht an den Schulen als Beitrag zum Frieden, und die SPS versteht unter Frieden das gleiche wie die SED.

● Die SED lässt als Kontrollinstanz über die Staatsgewalt jene «antisozialistischen» Elemente bestrafen, welche die Entmilitarisierung im eigenen Land und im eigenen sozialistischen Lager fordern. Die SPS koordiniert ihr Friedensinteresse mit den Bestrafen von Friedensdemonstranten.



Anders gesagt und hoffentlich deutlich genug: Die SED betreibt mit dem Wort «Frieden» genau die gleiche Schindluderei wie seinerzeit Hitler, der bis zum «Ausbruch» des Zweiten Weltkrieges den Frieden verkündete, um seine Opfer zu entwaffnen und seine totalitäre Diktatur unter sozialistischem Namen über ganz Europa auszubreiten. Und weil heute viele Leute offenbar nicht mehr wissen, was Totali-

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's



**Geelhaar**  
für alle  
Teppiche.

für sämtliche  
Teppichreparaturen.

für jede  
Teppichpflege.

Marktgasse 42 Tel. 22 05 66  
Thunstrasse 7 Tel. 43 11 44



tarismus ist: Totalitarismus ist das, was Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus gemeinsam haben.

Helmut Hubacher zeigte sich vor ein paar Wochen hell empört, als ein Kommentator wegen einer gleichen Abstimmungsparole von SPS und Nationaler Aktion das in jenem Zusammenhang tatsächlich dürftige Wortspielchen vom National-Sozialismus machte. Aber der nationalsozialistische Vergleich wird inhaltlich berechtigt und sogar nötig, wenn es um gemeinsame Friedensparolen von SED und SPS geht. Und das Recht auf Empörung steht in diesem Fall keineswegs Helmut Hubacher zu, sondern uns ändern, die wir uns gegen die todbringende Schindluderei mit dem Friedensbegriff auflehnen.

*Christian Brügger*

## CH-Rubrik

### Sind nach den Helden nun auch die Friedenskämpfer müde geworden?

Bei den Vorbereitungen auf ein für Ende Oktober geplantes Friedenssymposium «fehlten Aktivisten aus zahlreichen Basisgruppen». Die einzigen, die nicht erlahmen, sind die streng nach Moskau orientierten Mitglieder der sogenannten Schweizerischen Friedensbewegung, deren Aufgabe darin besteht, der sowjetischen Kriegführung und Kriegsrüstung ein Friedensalibi zu geben. Dank ihrer Beharrlichkeit ist es ihnen nicht nur gelungen, den Ostermarsch im Dreyeckland durchzuziehen und in die Medien zu bringen, sondern seither auch, für das Symposium das sowjetische Standardthema einzubringen: «Abrüstung in Ost und West, Verhinderung eines Atomkrieges.»

Die «Frauen für den Frieden» ihrerseits sehen sich vor dem «langen Weg ins Nichts». Nachdem sich bereits beim Frauencamp gegen die Frauenfelder Wehrschau die Begeisterung in recht engen Grenzen gehalten hatte, wurden auch die Sitzungen der Nationalen Koordination der Frauen gegen den Militarismus immer schlechter besucht. «Kurz, das Projekt Frauencamp 1984 musste begraben werden.»

Das «Forum für praxisbezogene Friedensforschung» schliesslich musste bei einer öffentlichen Veranstaltung mit dem CSU-dissidenten Friedensforscher Mechttersheimer erkennen, dass «das Interesse an solchen Begegnungen offenbar gering ist».

Nur Sommerflaute oder auch Einsicht? Einsicht, dass ein Friedenskampf im Schulterchluss mit Organisationen, die im Zivildienst einer supermächtigen Kriegführung stehen, doch nicht so ganz das Richtige ist. Man wird sehen, wie der Herbstwind weht. *mk*

(Alle Zitate aus der «friedenszeitung», Zürich)

## Zusammenhänge

### Ein Mass für zwei

Zwei Höflichkeitsbesuche ausländischer Gäste beim Bundesrat beleuchten drastisch die doppelte Moral der politischen Öffentlichkeit.

Anfang Juni besuchte der südafrikanische Premier Pieter W. Botha aus privatem Anlass die Schweiz. Es ist anzunehmen, dass er anlässlich seiner Europatournee auch von der Schweiz gern offiziell empfangen worden wäre. Doch das sollte nicht sein: Botha vertritt einen Staat, in welchem das Unrecht der Rassentrennung vorläufig noch Staatsdoktrin ist. Dass er aber auch eine Regierung vertritt, die immerhin innenpolitische Reformen und aussenpolitische Entspannung einleitete, war offenbar dem Bundesrat zuwenig. Deshalb blieb es bei der blossen diplomatischen «Höflichkeit»: Das Bundeshaus blieb ihm verwehrt und er wurde als unliebsamer Gast lediglich zum Mittagessen im «Lohn» empfangen.

Doch selbst das war hierzulande gewissen politischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Kreisen zuviel. Und von jenseits der Grenzen und Meere schulmeisterte der äthiopische Staatspräsident Mengistu, blutiger Unterdrücker seines Volkes und Vorsitzender der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), die Eidgenossenschaft auf arrogante Weise. Man muss annehmen, dass der Druck auf den Bundesrat auch hinter den Kulissen gross war. Wie wäre es sonst erklärlich, dass EDA-Chef Aubert plötzlich dem Treffen mit Botha und seinem Aussenminister fernblieb – aus «Termingründen», wie es aus offizieller Leseweise her-

vorgeht. Diese Art von «Höflichkeit» ist ein Affront.

Dies um so mehr, wenn man den zweiten Höflichkeitsbesuch – der beim zuständigen Bundesrat nicht auf Termenschwierigkeiten stiess, und gegen den weder von linken noch von bürgerlichen Kreisen, weder von Kirchen noch von Gewerkschaften protestiert wurde – dagegenhält:

Mitte Juni empfing Aussenminister Pierre Aubert den Bruder des syrischen Staatschefs, Rifad el Assad. Dieser ist Chef der inneren Sicherheitstruppen, der berüchtigten 4. Verteidigungsbrigade. Wo Rifad in Syrien gegen die Opposition auftaucht und befiehlt, hinterlässt er eine breite Blutspur. Ein eigentliches Blutbad hat er im Februar 1982 in Hama veranstaltet. Nach zurückhaltenden Schätzungen wurden damals unter seinem Kommando 10 000 Anhänger der sog. «Moslem-Brüder» hingschlachtet (andere Quellen sprechen von 60 000 Toten). Grosse Teile der Stadt wurden dem Erdboden gleichgemacht. Aubert-Gast Rifad el Assad ist auch eine wichtige Figur im internationalen Terrornetz. Er kontrolliert die im Libanon tätige Gruppe der iranischen Hesbolahi, der die Ermordung des libanesischen Drusenführers Kamal Dschumblatt und des Staatspräsidenten Bachir Gemayel zugeschrieben werden muss. Auf deren Konto gehen auch die Attentate gegen US-Mariners und französische Fallschirmjäger, die als Schutztruppen im Libanon eingesetzt waren.

Rifad el Assad wurde, statt bloss im Lohn, im Bundeshaus empfangen, das Botha versperrt geblieben war. Dafür hat Aubert eigentlich nur eine plausible Entschuldigung: ihm sei der Appetit auf ein gemeinsames Essen vergangen, nachdem er das Dossier dieses Gastes gelesen habe. *just*

## Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement zu Fr.39.— (Ausland sFr.42.—/DM 48.—).  
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift

13/84